

Bundestag

Pharmamarketing beschäftigt Petitionsausschuss

BERLIN (ks). Das Bundesgesundheitsministerium hält die freiwillige Selbstkontrolle in der Pharmaindustrie für ausreichend, um zwielfichtigen Marketing-Aktivitäten in der Branche entgegenzuwirken. Entsprechend äußerte sich der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium, Rolf Schwanitz (SPD), bei einer öffentlichen Anhörung des Petitionsausschusses des Bundestages zu gesundheitspolitischen Themen.

Bei der Anhörung am 26. Mai setzte sich ein als Klinikdirektor beschäftigter Petent mit Nachdruck dafür ein, die Pharmabranche gesetzlich zu verpflichten, sämtliche von diesen Unternehmen an Ärzte, Kliniken, Selbsthilfegruppen oder Patientenorganisationen geleisteten Zuwendungen publik zu machen. Dieser Wirtschaftszweig stecke nach Schätzungen jährlich 2,5 Milliarden Euro in Marketingmaßnahmen. Diese Summe werde über entsprechende Aufschläge auf die Medikamentenpreise letztlich von den Bürgern bezahlt, so der Petent. Er be-

richtete den Abgeordneten, dass Ärzte nach wie vor auf vielfältige Weise, etwa durch Einladungen zu Tagungen in teuren Hotels, beeinflusst würden. Problematisch seien auch Gelder für Patientenvereinigungen, die ihrerseits auf die Gesundheitspolitik Einfluss nähmen. Selbstverpflichtungserklärungen der Branche nützen aus seiner Sicht nichts. Schwanitz sieht das anders. Er plädierte in seiner Entgegnung dafür, weiterhin den Weg der Selbstkontrolle und Selbstverpflichtung zu gehen: Die "Normsetzung aus einer Organisation

heraus" habe gegenüber einer gesetzlichen Regelung einen hohen Wert.

Entscheidungen zu diesem und den weiteren vorgetragenen Petitionen fasste der Ausschuss bei dieser Anhörung noch nicht.